

GEWALT GEGEN LEHRKRÄFTE – PR-Info Mai

Im Schuljahr 2022/2023 führte der Personalrat eine online-Umfrage zum Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte an Schulen“ durch. Daran beteiligten sich insgesamt 2178 der derzeit etwa 5980 Lehrkräfte in unserem Bezirk. Dies sind ca. 36% der Beschäftigten an Gesamt-, Sekundar- und PRIMUS-Schulen im Bezirk Münster.

In der Umfrage geht es um die Fragestellung, ob und inwieweit die Kolleg:innen unserer Schulen Kenntnis von bzw. eigene Erfahrungen mit Gewaltvorfällen gegenüber Lehrkräften im Zeitraum der letzten zwei Jahre haben und ob sie selbst schon einmal zum Opfer verbaler oder physischer Gewalt geworden sind. Des Weiteren zielt die Befragung darauf ab, die häufigsten Formen der Gewalt gegenüber Lehrkräften zu ermitteln und abzufragen, ob der Umgang mit derartigen Fällen in den Schulen einem klaren und transparenten Handlungskonzept unterliegt, welches allen Kolleg:innen bekannt und vertraut ist.

Die Ergebnisse der Umfrage belegen eindeutig und eindrücklich, dass das Thema Gewalt im Arbeitsalltag von Lehrkräften inzwischen eine sehr große und ernstzunehmende Rolle spielt. So gaben **86 Prozent** der Befragten an, im Dienstalltag selber schon **mehrmals** Opfer von verbaler oder physischer Gewalt geworden zu sein. Dies geschah in Form von Beschimpfungen (2103 Nennungen), Bedrohungen bis hin zu Mord- und Amokandrohungen (1312), körperlichen Übergriffen (729), Sachbeschädigungen (945), rassistischen/ diskriminierenden Beschimpfungen (703), Cybermobbing (594), sexualisierter Gewalt (284), Nötigung (236) und Verleumdung (2)!

In Einzelfällen ging die Gewalt nicht von den Schüler:innen, sondern von deren Eltern aus.

Diesen erschreckenden Zahlen steht eine ebenso erschreckende Unkenntnis der Lehrkräfte über vorhandene Hilfsangebote und Handreichungen gegenüber. Ca. 65 Prozent der Befragten sind die Handreichung „Gewalt gegen Lehrkräfte“ der Bezirksregierung oder der Notfallordner nicht

bekannt. Über 70 Prozent der Befragten gaben an, dass das Vorgehen bei Gewalt gegenüber Lehrkräften an ihren Schulen nicht transparent bzw. uneinheitlich geregelt sei.

Vor diesem Hintergrund

- rät der Personalrat den Schulleitungen und Kollegien, in den Lehrerkonferenzen die Handreichungen zum Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ der Bezirksregierung intensiv zu thematisieren und den darin beschriebenen Leitfaden zum Vorgehen bei Gewalt im Kollegium konzeptionell verbindlich zu verankern.
- setzt sich der Personalrat dafür ein, dass bei Fällen von Gewalt gegen Lehrkräfte verbindlich eine Strafanzeige durch den Dienstherrn erfolgt. Betroffenen Lehrkräften rät der Personalrat, bei Gewalterfahrungen das strafrechtliche Mittel der Anzeige zu nutzen, falls dies nicht seitens der Schulleitung geschieht.
- weist der Personalrat darauf hin, in Fällen selbst erfahrener Gewalt eine Arbeits- bzw. Dienstunfallanzeige zu stellen, um den Vorfall aktenkundig zu machen.
- empfiehlt der Personalrat betroffenen Lehrkräften, in Fällen von physischer oder psychischer Gewalt unbedingt ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.
- fordert der Personalrat, dass dem Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ seitens des Dienstherrn endlich der gebotene Stellenwert eingeräumt wird. Der Dienstherr muss seiner Fürsorgepflicht gerecht werden und die Lehrkräfte bei erfahrener Gewalt durch Schüler:innen, deren Eltern, Freunde und Angehörige angemessen und ausreichend zu schützen und zu unterstützen.

Fest steht: **Wir als Personalrat werden dieses Thema** bei unserer Gemeinsamen Besprechung mit dem Regierungspräsidenten am 24.5.23 und auf unserer diesjährigen Personalversammlung am 15.11.23 in Münster **zum Hauptthema erklären und uns für eine nachhaltige Problemlösung einsetzen.**